

"Sie behandelten uns wie die Tiere"

Spätestens seit dem Krieg in Ex- Jugoslawien wissen wir, dass die Vergewaltigung von Frauen eine Kriegsstrategie ist. In Guatemala wurden während des Krieges rund 27% aller Frauen Opfer einer Vergewaltigung durch die Militärs. Der folgende Artikel ist die Zusammenfassung einer Analyse über die Situation der Frauen im Krieg. Die Analyse ist im REMHI- Bericht "Guatemala- nunca más/ Guatemala- nie wieder, enthalten. Der Artikel erschien in der Juliausgabe der Zeitschrift *envio*, welche von der Zentralamerikanischen Universität (UCA) in Managua herausgegeben wird.

Rund 200'000 Tote und Verschwundene, eine Million Vertriebene, 200'000 Waisen und 40'000 Witwen. Das sind einige der furchterregenden Zahlen, die der 36 Jahre dauernde Krieg in Guatemala hervorgebracht hat. Was diese Zahlen nicht widerspiegeln, ist die Dunkelziffer Tausender vergewaltigter Frauen, die oft auch an den Folgen der Folterungen und den verschiedensten Schmähungen, welches das Militär und die staatlichen Sicherheitsleute an ihnen begingen, gestorben sind.

Eine Annäherung an diese schwierige Analyse hat die Equipe des Projektes zur Wiedererlangung des Historischen Gedächtnisses (REMHI) der katholischen Kirche gemacht.

Obwohl sich der REMHI- Bericht nicht zum Ziel gesetzt hatte, die spezifische Situation der Frauen während des Krieges zu untersuchen, ist diese Realität während der dreijährigen Arbeit und bei den Tausenden von Interviews klar zum Ausdruck gekommen.

Laut Berichts sind 90% der Opfer des bewaffneten Konfliktes Männer. Die Hälfte der ZeugInnenaussagen im REMHI-Bericht stammen von Frauen. Die Frauen haben oft nicht über ihre spezifische Situation gesprochen, haben sich in ihren Erzählungen selber gar nicht als Opfer bezeichnet, sondern vor allem über Vorfälle gesprochen, welche ihre Familienangehörigen betrafen. Um dieses Schweigen der Frauen zu durchbrechen, wurden gezielt Interviews mit einzelnen Frauen und Kollektivinterviews in der von der Repression stark betroffenen Gebieten geführt. Daraus ist innerhalb des REMHI- Berichts das Kapitel "Gewalt gegen Frauen und deren Selbstbehauptung" entstanden, welches die Auswirkungen der Gewalt auf die Frauen beschreibt, deren Formen von Widerstand und ihre Strategien aufzeigt, um das soziale Gefüge aufrechtzuerhalten.

Die Frauen teilten einerseits die Leiden ihrer Dörfer, Gruppen oder Familien, waren andererseits aber einer ganz spezifischen Form von Gewalt ausgesetzt. Sie reagierten auf die verschiedensten Arten, oft indem sie ihre Rolle als Frau neu definierten und eine protagonistische Funktion innerhalb der Familienstruktur übernahmen. Diesen Frauen, die das Leben ihrer Dörfer und Familien bewahrt haben, schulden wir unsere Anerkennung.

Es waren auch die guatemalteckischen Frauen, die sich als Erste auf die Suche nach ihren Verschwundenen begeben haben, die Gewalttaten öffentlich anzeigten und Druck auf die Regierungen ausübten. Sie sind die Gründerinnen von Organisationen wie der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM), der

Witwenvereinigung (CONAVIGUA) oder der Angehörigen von Verschwundenen (FAMDEGUA).

Horror, Tod, Folterungen und Schmähungen haben Männer, Frauen, Kinder und alte Leute gleichermaßen getroffen. Und auch wenn am meisten Männer als Einzelopfer angegeben wurden, verändert sich das Verhältnis bei den Kollektiverlebnissen: 60% der Opfer von Massakern sind Frauen, in 40% der analysierten Massaker waren Kinder mitbetroffen. Deshalb kommt auch die aufgrund der Friedensabkommen eingesetzte Wahrheitskommission (CEH) in ihrem im Februar dieses Jahres veröffentlichten Bericht zum Schluss: "Zwischen 1981 und 1983 haben Agenten des guatemalteckischen Staates in verschiedenen Regionen Völkermord gegen Angehörige von Mayagruppen begangen. Ganze unbewaffnete Mayadörfer wurden ausgerottet, nachdem sie der Unterstützung der Guerilla beschuldigt wurden. Frauen, Kinder und alte Leute wurden auf Arten umgebracht, die im moralischen Bewusstsein einer zivilisierten Welt Horror auslösen."

Eines der schlimmsten Druckmittel gegen die Frauen ist die Gewalt an ihren Kindern. Diese vor den Augen ihrer Mütter zu töten oder zu foltern ist eine Form psychologischen Terrors. Es sind auch Fälle von Folterung schwangerer Frauen bekannt.

Von den gegen 422 im REMHI- Bericht dokumentierten Massakern haben sich viele direkt gegen Frauen gerichtet. Die Massaker waren oft nicht spontan, sondern minutiös geplant und ausgeführt. Sie liefen oft auf ähnliche Weise ab: Zuerst wurden die Männer getötet, die Frauen wurden abgesondert, die Militärs liessen sie zuerst für sich kochen, um sie nachher zu vergewaltigen und zu töten. Die Aussagen im REMHI- Bericht umfassen 185 Fälle von Vergewaltigung. Darunter sind Fälle von Vergewaltigungen mit Todesfolge, Vergewaltigung als Folter und als Form sexueller Versklavung. Die Erwähnung von Vergewaltigungen kommt viel häufiger vor, nämlich ein einer von sechs ZeugInnenaussagen, jedoch meist als "gewöhnliches" Verhalten der Soldaten oder der Zivilpatrouillen.

Wegen der Schuld- und Schamgefühle, die Vergewaltigungen bei Frauen wecken, werden sie im Verhältnis zu anderen Gewalttaten, z.B. Folterungen und Morde, weniger häufig angezeigt. Nach Gewaltstudien in westlichen Ländern wird nur jede fünfte Vergewaltigung angezeigt. Wir können davon ausgehen, dass diese Dunkelziffer bei

den guatemaltekischen (Maya-) Frauen noch wesentlich höher liegt.

Die Frauen wurden Teil der Kriegsstrategie und die Vergewaltigungen ein Mittel zur Machtdemonstration, ein Ausdruck von Sieg und eine Form, die Verlierer zu erniedrigen. Viele Militärs sahen in der Vergewaltigung der Frauen auch eine Form, die "Mütter der künftigen Guerilleros" zu erniedrigen.

In den Interviews werden die Gewalttaten gegen die Frauen beschrieben, es finden sich jedoch sehr wenig Hinweise darauf, wie die Frauen selbst diese Gewalt erlebt haben und wie sie damit umgegangen sind. Dies kann auf die Stigmatisierung zurückgeführt werden und auf die Schwierigkeit, über das Erlebte zu sprechen. Die traumatischen Auswirkungen - sowohl psychisch wie physisch - sind keine Einzelfälle. Neben der persönlichen Erniedrigung, die eine Vergewaltigung für eine Frau bedeutet, und die mögliche familiäre Isolierung, die eine solche mit sich ziehen kann, fühlen sich auch oft die Ehemänner, Väter oder Brüder schuldig, weil sie die Tat nicht verhindern konnten. Auch die kulturellen und religiösen Vorstellungen von "Reinheit" und Sexualität mögen dazu beitragen, dass die betroffenen Frauen oder ihre Angehörigen durch die Vergewaltigungserfahrung noch empfindlicher getroffen werden. Während Männer und Frauen, die getötet oder verletzt wurden, als Helden und Heldinnen gelten, gibt es keinen solchen Status für vergewaltigte Frauen. Es sind ähnliche Fälle wie die der "Verschwundenen": Das Leiden der Familien endet nicht damit, dass die Vergewaltigung anerkannt wird.

Nebst der enormen persönlichen und gefühlsmässigen Belastung, welcher die Frauen ausgesetzt waren, mussten sie auch noch Änderungen in ihrem alltäglichen Leben und in ihrer sozialen Rolle vollziehen. Es waren die Frauen, die sich als Erste mobilisierten, um ihre Verschwundenen zu suchen und Druck auszuüben. Gleichzeitig mussten sie sich um ihr eigenes Überleben und das ihrer Familien kümmern. All das summiert sich zu den emotionalen Verletzungen, die das Erlebte mit sich bringt: Einsamkeit, Belastung und ein angeschlagenes Selbstvertrauen.

Während des Krieges haben die Frauen ihre traditionellen Rollen beiseite gelassen und wurden zum Rückgrat der familiären und sozialen Strukturen. Nebst der Kindererziehung, der Pflege von Alten und Kranken, waren sie oftmals gleichzeitig auf der Flucht in die Berge oder ins mexikanische Exil. Viele von ihnen wurden zu Witwen oder "alleinstehenden Frauen" und mussten

sich ums Überleben der Familie kümmern, ohne auf die emotionale oder finanzielle Hilfe ihrer Männer zählen zu können. Gemäss REMHI-Bericht sind die Witwen auch heute noch eine der bedürftigsten Bevölkerungsgruppe.

Diese harten Lebensumstände haben dazu geführt, dass Frauen selbstbewusster öffentliche und soziale Aufgaben übernommen haben, die ihnen bislang verwehrt waren. Viele traditionellen Konzepte über die Rolle der Frau wurden als Folge des Krieges und der Gewalt durchbrochen. Das soziale Netz wurde durch den Krieg zerstört und damit oft auch die Art und Weise, wie Frauen über ihre Abhängigkeit dachten. Die enormen Schwierigkeiten, denen die Frauen ausgesetzt waren, haben ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Gewaltsituationen ausgesetzt zu sein und den Konsequenzen davon gegenüberzutreten zu müssen, hat vielen Frauen das soziale Bewusstsein gestärkt, und sie haben begonnen, für ihre Würde zu kämpfen.

Die Suche nach den "Verschwundenen" wurde zu einem von Angst beladenen Kampf und war eine schlimme Folge der politischen Repression. Der ewige Zweifel, was geschehen war, über den Ort, wo die Angehörigen wohl sind, die Ungewissheit, ob sie noch leben oder tot sind, ob es möglich sein wird, sie zu finden, waren die unendlichen Fragen all derjenigen, die auf der Suche nach ihren Nächsten Tag für Tag alle Wege abließen in der Hoffnung, ihre Liebsten zu finden.

Bei ihrem unermüdlichen Kampf scheuten die Frauen weder Kosten noch Opfer. Als sie sich bewusst wurden, dass sie nichts mehr zu verlieren hatten, stürzten sie sich in diesen Kampf. Die Kraft dafür schöpften sie aus der Bedeutung, die die Verschwundenen für sie hatten. In diesen Extremsituationen bewiesen die Frauen eine enorme Fähigkeit, sich über die Verzweiflung hinwegzusetzen, sich über den Schmerz zu vergessen und neue Projekte anzugehen.

Die Suche nach den Verschwundenen wurde zur einzigen Alternative, dem Militär gegenüberzutreten und dem Terror zu begegnen und wurde zum unerschütterlichen Ausdruck der Verteidigung der Menschenrechte während der schlimmsten Jahre des bewaffneten Konflikts. Die Mütter, Ehefrauen, Töchter und Schwestern der Verschwundenen waren die Ersten, die sich trauten, der institutionalisierten Gewalt entgegenzutreten, in der das Land lebte.

Nie zuvor wurden die Frauen als wichtig für das politische Leben erachtet. Jetzt aber lieferten sie zahllose Beispiele ihres Mutes, ihrer Standhaftigkeit und ihrer Hoffnung.

Die "Verschwundenen" zu suchen, wurde zum zentralen Ziel einer sozialen Bewegung, die zu Beginn der 70-er Jahre entstand. Die ersten Komitees wurden von Frauen und Familienangehörigen gegründet, die Untersuchungen starteten, Anzeigen machten, sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene. Ab 1984, mit der Gründung der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM), war die Suche nach den Verschwundenen der Hauptausdruck des organisierten Menschenrechtskampfes. Die guatemaltekische Gesellschaft, nach wie vor unter den Eindrücken der Repression stehend, erlangte ihre Stimme in den Stimmen der Frauen wieder, die auf der Strasse protestierten und ihre Familienangehörigen zurückforderten.

Mit der Veränderung der politischen Situation entstanden weitere Gruppen, die mit verschiedenen Mitteln für die Einhaltung der Menschenrechte kämpften. Auch die Vorgehensweisen änderten sich: Von den Anzeigen und der gegenseitigen Unterstützung gingen sie über zu den Untersuchungen der Massaker, der Begleitung von Ausgrabungen, der Forderung nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Einige Frauen wurden zu Führerinnen der Menschenrechtsbewegung und ihre Stimme wurde international laut. Sie kämpften und kämpften gegen die Straffreiheit und für die Menschenrechte aller: Rigoberta Menchú, Hellen Mack, Rosalina Tuyuc sind einige von ihnen.

Andere Gruppen wie z.B. die Witwenvereinigung CONAVIGUA, konzentrierten sich auf die Problematik der Witwen, eines der grössten durch die Gewalt betroffenen Sektors. Ihre Forderungen gehen über die Suche ihrer Angehörigen hinaus: Der Kampf gegen die Militarisierung der ruralen Gebiete bzw. der Kampf gegen die Zwangsrekrutierung. Auch die Flüchtlingsfrauen haben sich organisiert und analysieren ihre spezifische Situation.

Das Engagement der Frauen in unterschiedlichen sozialen Bewegungen und die der Angehörigengruppen förderten das Wiederbeleben vieler Gruppen und trug zu einer grösseren gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Forderungen bei.

Auf ihrem schmerzhaften Weg, den die guatemaltekischen Frauen aufgenommen haben, die so lange in der Gesellschaft unsichtbar waren, müssen sie unterstützt und als Protagonistinnen einer Veränderung wahrgenommen werden. Es ist an der Zeit, dass ihre Beiträge respektiert und als Beispiele von Würde, die unersetzbar für die Verteidigung des Lebens ist, anerkannt werden.

Die Folgen der Trennung von FDNG und ANN

Guatemala, 5. August. Nach der Trennung der Demokratischen Front Neues Guatemala (FDNG) von der Allianz Neue Nation (ANN), gibt erstere bekannt, allein an den Wahlen vom 8. November teilnehmen zu wollen. Für die Mitglieder der Frente heisst dies, sich zu entscheiden, ob sie weiterhin ihrer Partei treu bleiben, oder das Projekt der ANN unterstützen wollen, oder gar beides. Für viele ist das keine einfache Entscheidung, einerseits sehen sie die Allianz als das alternative Projekt, das es zu unterstützen gibt, gleichzeitig liegt es ihnen am Herzen, die Streitigkeiten innerhalb der FDNG beizulegen und wollen deshalb nicht zur Partei austreten. Ebenso ist die legale Situation des FDNG unklar. Um seine KandidatInnen ins Wahlregister eintragen zu können, müssen zuerst die Lokalen, dann die Departementalen und danach die Nationale Versammlung durchgeführt werden. Vorläufig wurde aber erst in 35 von 270 Gemeinden und in 4 von 16 Departementalen Versammlungen abgehalten. Trotzdem gibt der Generalsekretär der Partei den 14. August für die Nationalversammlung bekannt. Es ist zweifelhaft, ob die FDNG es bis zum Ablauf der Einschreibfrist ins Wahlregister noch schafft, diese Situation rechtmässig zu klären.

Als erster hat Carlos Aldana, der von einer Fraktion der Frente als Bürgermeisterkandidat für die Hauptstadt vorgeschlagen wurde, die Konsequenzen gezogen und hat seine Kandidatur rückgängig gemacht. Er begründet sei-

nen Entscheid damit, dass die Auseinandersetzungen innerhalb der linken Parteien eine ernstzunehmende Wahlkampagne unmöglich gemacht habe. Gleichzeitig betont er seine Sympathien mit der ANN und schliesst eine zukünftige politische Teilnahme an diesem Projekt nicht aus.

Raúl Molina, der andere, ebenfalls von der FDNG vorgeschlagene Bürgermeisterkandidat für die Hauptstadt, hat seine Kandidatur ebenfalls zurückgezogen und hat ein BürgerInnenkomitee unter dem Namen *Metropolitane Aktion* gegründet, um seine Teilnahme an den Wahlen zu garantieren. Er kann sich durchaus vorstellen, dass sich sein Komitee wieder der ANN anschliesst.

Nicht ganz klar ist, welche departementalen Büros der FDNG sich der ANN anschliessen und welche bei der Mutterpartei bleiben. Eine Sitzung des Nationalen Parteivorstandes ist am 28. Juli geplatzt, noch bevor die Traktandenliste aufgestellt werden konnte. Verschiedene Parteimitglieder waren nicht damit einverstanden, dass Arriaga von Leuten begleitet wurde, die nicht zu diesem Gremium gehören. Als Folge dieser Sitzung haben 13 FührerInnen der Frente in einer öffentlichen Stellungnahme den Rücktritt des Parteisekretärs Arriaga gefordert.

Am 30. August haben 19 der 20 departementalen Sekretäre der FDNG, angeführt von Edgar Pape Yalibat bekanntgegeben, angesichts des Ausschlusses aus der Allianz würden sie allein an den Wahlen teilnehmen. An einer Pressekonferenz gaben sie Amílcar Méndez als ihren Präsidentschafts- und den ehemaligen Bürgermeister der Hauptstadt José Angel Lee Duarte als ihren Vizepräsidentschaftskandidaten bekannt. Méndez äusserte sich jedoch sehr erstaunt über diese Bekanntmachung. Er sei zu diesem Thema nie auch nur angefragt worden. Entsprechend lehnte er den Vorschlag ab.

Weiter hiess es an dieser Pressekonferenz, Rosalina Tuyuc und Manuela Alvarado würden als Kongressabgeordnete kandidieren.

Laut Rafael Arriaga wurde die Entscheidung, allein an den Wahlen teilzunehmen, vom Nationalen Vorstand der Partei getroffen und nicht von den departementalen Sekretären, jedoch von diesen, dem politischen und technischen Rat und den Kongressabgeordneten der Partei gutgeheissen worden. Weiter distanziert sich Arriaga von allen, gemeinsam mit der ANN getroffenen Vereinbarungen: die FDNG widersetze sich dem neoliberalen Modell und

stehe für eine demokratische Linke.

Eine Polemik um die Positionen von Nineth Montenegro, Otto Zeissig, Orlando Blanco und anderen Mitgliedern des Nationalen Vorstandes des Frente begann, als in der Presse veröffentlicht wurde, eine Gruppe von Führern sozialer Organisationen würden sich sowohl vom Frente wie auch von der ANN zurückziehen.

Zeissig wies diese Vermutungen von sich und betonte seine Unterstützung für die ANN. Er rief auch die Basis der FDNG dazu auf, sich der ANN anzuschliessen. Vor allem die sozialen Organisationen könnten es nicht verantworten, einer Partei anzugehören, die jemandem gehöre, der nach seinen persönlichen Interessen handle.

Nineth Montenegro meinte, das einzige historische, politische und druckschlagende Projekt vertrete im Moment die ANN. Sie werde dies unterstützen, aber gleichzeitig um ihre weitere Mitgliedschaft innerhalb der FDNG kämpfen.

Der Kongressabgeordnete Antonio Móbil seinerseits betonte, er sei von der Basis der FDNG gewählt worden, deshalb bleibe er beim Frente. Er fordert eine Demokratisierung der Partei und schlägt die Gründung eines Exekutivsekretariates vor, in dem alle innerhalb der Partei herrschenden Strömungen, vertreten sind.

Die Parteivorstände und Generalsekretäre der FDNG der Departamente Suchitepéquez und San Marcos versicherten der ANN ihre volle Unterstützung. Von San Marcos wurde die nationale FDNG-Führung aufgefordert, das Problem auf politischer Ebene und mit einer revolutionären Vision anzugehen und die Interessen der Mehrheit über die Persönlichen zu stellen.

An einer Pressekonferenz gaben VertreterInnen verschiedener Volksorganisationen ihre Stellung zum Konflikt zwischen FDNG und ANN bekannt. Juan León von der *Defensoría Maya* sagte, gemäss ihrem Motto, die Mayabevölkerung an wichtigen Entscheidungen teilhaben zu lassen, würden sie beim Frente bleiben und sich für eine interne Stärkung einsetzen. Er betonte jedoch, beim Frente zu bleiben bedeute nicht, Arriago zu unterstützen.

Am 4. August veröffentlichte die ANN die Liste ihrer KandidatInnen für die verschiedenen Ämter. Darunter sind auch KandidatInnen der FDNG, z.B. Nineth Montenegro als Kongressabgeordnete, ebenso Otto Zeissig, Víctor López fürs PARLACEN, und andere.

¡Fijate!

Herausgeber:
Verein ¡Fijate!
2502 Biel
PC- 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/341 90 80
E-Mail:
barbara@bam.links.ch
Jahresabo: 100,- Fr.
Auslandsabo: 120,- Fr.
Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise
vierzehntäglich.
Nachdruck mit Quel-
lenangabe erwünscht.

Maya- Führer ermordet

Guatemala, 27. Juli. Unbekannte haben am frühen Morgen des 27. Juli den Präsidenten der Vereinigung der Mayapriester (Tojil), Raúl Coc Choc in seinem Haus in Chimaltenango ermordet. Laut Aussagen seiner Frau erhielt Coc Choc in letzter Zeit mehrmals telefonische Todesdrohungen, wobei nicht klar ist, ob er diese Anrufe bei der Polizei angezeigt hat. Der Ermordete war Mayapriester und hat in seiner Gemeinde verschiedene Entwicklungs- und Gesundheitsprojekte initiiert, sowie als Naturheiler gearbeitet.

Verschiedene VertreterInnen indigener Organisationen verurteilten den Mord an Raúl Coc Choc. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú bezeichnet den Ermordeten als eine religiöse Person, die sehr viel in der Diskussion um die indigenaspezifischen Vorschläge der Verfassungsänderung beigetragen habe.

Der Bürgermeister von Quetzaltenango, Rigoberto Quemé Chay bedauert, dass ausgerechnet während der Zeit der Wahlkampagne ein Vertreter der sozialen Bewegungen umgebracht wurde.

Justo Méndez von der Nationalen Indigena- und Campesinokoordination (CONIC) fordert die Aufklärung des Verbrechens: In Friedenszeiten dürften solche Ereignisse nicht vorkommen, sie zögen die Einhaltung der Internationalen Menschenrechtskonvention in Zweifel. Für CONIC hat der Mord an Coc Choc klar politische Hintergründe.

Die Protestantische Kirchenkonferenz (CIEDEG) sieht die Ermordung des Indigenaführers im Zeichen der allgemeinen Unsicherheit und als eine Folge der Ineffizienz des Innenministeriums.

Juan Cú Hernández von der Koordination der Mayaorganisationen Guatemalas (COPMAGUA), verurteilt den Mord und hofft, dass dieser nicht zu ei-

nem weiteren, nie aufgeklärten Fall wird.

Auch die Xinca- Gemeinde des Departamentes Jutiapa spricht sich gegen den Mord aus. Der Xinca- Vertreter Bonifacio Raymundo erklärte, entgegen aller Versuche der Regierung, die internationale Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass in Guatemala keine Repression herrscht, sei dies ein weiterer Beweis dafür. Diese Repression richte sich gegen VertreterInnen der Volks- und sozialen Bewegungen, weil diese die Wahrheit über die Situation in Guatemala veröffentlichten.

Am 31. Juli forderte der stellvertretende Menschenrechtsprokurator von Chimaltenango, Baldemar Barrera, die Polizei und die Staatsanwaltschaft auf, über den Stand der Untersuchungen im Fall Raúl Coc Choc zu informieren. Es müsse alles daran gesetzt werden, die intellektuellen und materiellen Täter zu fassen und zu verurteilen.

Die Vereinigten Staaten kürzen ihr Budget für die "Escuela de las Américas"

Washington, 31. Juli. Das US-amerikanische Repräsentantenhaus kürzt seine Unterstützung für die "Escuela de las Américas", einem Ausbildungszentrum in Fort Benning, in der Nähe von Columbus, Georgia, das seit 1946 rund 70'000 Militär- und Polizeioffiziere aus Lateinamerika und der Karibik durchlaufen haben.

Mit 230 zu 197 Stimmen sprachen sich die Abgeordneten für eine Kürzung des *Budget 2000* für auswärtige Operationen aus. Konkret geht es um rund 2 Millionen US-Dollar, welche dem Ausbildungszentrum gekürzt werden.

Dies ist der erste Rückschlag für

die "Escuela de las Américas", seit religiöse AktivistInnen vor Jahren die gänzliche Schliessung forderten, mit der Begründung, dort würden die schlimmsten Mörder und Menschenrechtsverletzer Lateinamerikas ausgebildet. Die Kampagne wurde von Pater Roy Bourgeois gestartet, nachdem Abgänger der Schule in die Ermordung von 6 Jesuiten und zwei Frauen 1989 in El Salvador involviert waren.

UnterstützerInnen der "Escuela de las Américas" im US-amerikanischen Repräsentantenhaus argumentierten, verschiedene Untersuchungen des Kongresses und des Pentagon hätten

gezeigt, dass an der Schule keine Foltermethoden gelehrt und keine Mörder ausgebildet würden. Laut Pentagon ist dieses Ausbildungszentrum zentral für die US-amerikanische Lateinamerikastrategie. Es würden Menschenrechte und friedenserhaltende Massnahmen gelehrt, sowie der Anti-Drogen-Kampf.

Die GegnerInnen hingegen bringen ein, dass die Menschenrechtsverletzungen der Schulabgänger weitergingen und dass diese Institution nicht mehr nötig sei, da der kalte Krieg vorbei sei und die meisten Diktatoren Lateinamerikas ihren Platz demokratischen Regierungen hätten räumen müssen.

Kriegsverletzte protestieren

Guatemala, 2. August. Rund 100 Kriegsverletzte der Armee blockierten die Strasse vor dem Sitz der Ombudsstelle des Staates und für Menschenrechte, indem sie Autoreifen verbrannten. Sie forderten die Einhaltung der ausgehandelten Friedensabkommen, die ihren staatliche Unterstützung garantieren.

Magno Morán, der Sprecher der Gruppe erklärte, ihre Aktion sei die Folge des Verhaltens der Regierung. Die Vereinbarungen seien 1997 und 1998 getroffen worden, doch bis jetzt habe sich nichts konkretisiert. Die Abkommen beinhalten das Abschliessen einer Le-

bensversicherung, die Auszahlung einer Rente für die Kriegsverletzten, deren Witwen oder Kinder, sowie die Auszahlung sonstiger Leistungen.

Die Presseabteilung der guatemaltekischen Armee (DIDE) liess verlauten, an gutem Willen seitens der Armee, die Kriegsverletzten zu unterstützen, fehle es nicht, jedoch an den finanziellen Mitteln. Das Militär unternehme jedoch Anstrengungen, das Problem zu lösen.

Der Verteidigungsminister, General Marco Tulio Espinoza, bestreitet seinerseits die Anschuldigungen der Kriegsverletzten. Die Abkommen seien einge-

halten und den Kriegsverletzten diverse Auszahlungen gemacht worden. Ausserdem dauere alles seine Zeit, auch die Behandlung der Forderungen der Kriegsverletzten. Zuerst müsse überhaupt geprüft werden, ob diese Leute effektiv behindert seien. Auf Anordnung des Präsidenten werde der staatliche Ombudsmann der Sache jedoch nachgehen.

Eine erste Demonstration der Kriegsverletzten fand bereits anlässlich des "Tages der Armee" und Amtseinssetzung von Marco Tulio Espinoza, am 30 Juni statt.

Situation der Kinder: prekär

Guatemala, 30. Juli. Vom 19.-30. Juli weilte die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Kinderfragen (UNICEF), Ofelia Calcetta Santos, auf Einladung des Präsidenten Alvaro Arzú in Guatemala. Ziel ihres Besuchs war die Untersuchung der Situation der Kinder, speziell die Kinderprostitution, die Kinderarbeit, der Kindsmisbrauch sowie die illegalen Adoptionen. Caletta Santos wird im April 2000 zuhause der UNO- Menschenrechtskommission und der UNO- Generalversammlung einen Bericht über ihren Besuch verfassen, sowie der guatemaltekischen Regierung einen Empfehlungskatalog übergeben.

Verschiedene Studien haben ein weltweites Ansteigen der Kinderprostitution festgestellt. Damit verbunden ist auch die Kinderpornographie. Dies wird in einen direkten Zusammenhang gebracht mit den immer prekäreren ökonomischen Verhältnissen, in denen die Kinder aufwachsen. Laut *Prensa Libre* wachsen in Guatemala vier von fünf Jugendlichen unter 18 Jahren in Armut auf.

Ebenso steht es mit den Fällen von Kindsmisshandlungen: Laut Spitälern, der Polizei und der Feuerwehr ist die Kindsmisshandlung ein weit verbreitetes Übel in der guatemaltekischen Ge-

sellschaft. In Guatemala existieren keine legalen Grundlagen, um diesem Problem etwas entgegenzusetzen. Es gibt auch keine Institution, welche die Fälle juristisch verfolgt.

Auch das Problem der illegalen Adoptionen beschäftigt in Guatemala die öffentliche Meinung und die Gerichte schon seit Längerem. Es werden immer wieder Fälle bekannt, wo namhafte PolitikerInnen, AnwältInnen und ÄrztInnen in illegale Adoptionen verwickelt sind. Auch sind verschiedentlich Häuser aufgefliegen, in denen entführte oder den Müttern unter komischen Umständen abgekaufte Kinder "gehalten" werden, bis sie adoptiert werden. Die Adoptioren an ausländische Eltern (vor allem in die USA, nach Kanada, Grossbritannien und Frankreich) machen 95% aus und bringen pro Jahr ca. 20 Millionen US-\$ ein.

Während ihrem Besuch in Guatemala hat sich Frau Calcetta Santos mit verschiedenen VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen getroffen, die zum Schutz der Kinder und Jugendlichen arbeiten. So zum Beispiel mit Bruce Harris von der *Casa Alianza*, einem Haus für Strassenkinder in der Hauptstadt, welcher ihr einen Bericht

überreichte, aus dem hervorgeht, dass es in der Hauptstadt über 5000 Strassenkinder gibt.

Sie hat sich auch mit Nineth Montenegro getroffen, der Präsidentin der Kommission zur Ausarbeitung des Kinderschutzgesetzes. Montenegro legte der UNO- Sonderbeauftragten eine Studie vor, welche mehr als 3000 Fälle von Kindsmisshandlungen zwischen 1992 und 1995 dokumentiert.

Ebenso hat sich Calcetta Santos mit verschiedenen VertreterInnen des Staates getroffen. Nach einem Gespräch mit dem Aussenminister Eduardo Stein, äusserte dieser: "Der Besuch der Berichterstatterin schadet unserem Lande nicht. Sie untersucht bloss, ob die Gesetzgebung strikt genug ist, oder ob sie Spielraum für illegale Handlungen lässt." Das Problem der Adoptionen besteht für ihn einzig darin, dass interessierte Eltern horrenden Summen bis zu 15'000 US-\$ zahlen müssen.

In einer Pressekonferenz zog die UNO- Sonderbeauftragte eine erste Bilanz. Sie rief der guatemaltekischen Regierung zur Inkraftsetzung des Kinderschutzgesetzes und zur Ausarbeitung und Annahme eines Adoptionsgesetzes.

Milchprodukte werden teurer

Guatemala, 7. August. Ende Juli hat die Regierung auf Drängen der guatemaltekischen MilchproduzentInnen eine Erhöhung der Einfuhrgebühren für Milchprodukte bekanntgegeben. Laut Angaben sollen von diesen Erhöhungen weder die Frisch- noch die Pulvermilch betroffen sein, sondern bloss die Importation von Milchprodukten von ausserhalb des zentralamerikanischen Raumes (Käse, Butter, etc.). Diese Importationen machen ca. 4% der consu-

mierten Milchprodukte aus.

Die Erhöhung der Einfuhrgebühren trat am 2. August in Kraft. Am selben Tag trat der Wirtschaftsminister, Juan José Serra, wegen Unstimmigkeiten mit dem Präsidenten Arzú im Zusammenhang mit der neuen Regelung, zurück.

Der Leiter der Handelskammer Guatemalas ist absolut gegen diese Massnahme. Seiner Meinung nach verstösst sie gegen die Rechte der KonsumentInnen. Es sei nicht oportun, solche Schritt-

te zu unternehmen und gleichzeitig von einer wirtschaftlichen Öffnung des Landes zu sprechen, bei der es ja genau darum gehe, die Zölle zu senken.

An einer Manifestation in Escuintla, an der zirka 100 FincabesitzerInnen teilnahmen, dankten diese im Namen der rund 500'000 in der Milchwirtschaft tätigen Personen bei Präsidenten für diese Massnahme. Es sei das erste Mal, dass die Regierung auf eine Notsituation in ihrem Sektor so prompt reagiere.

Anklagen gegen Ex- Militärs erhoben

Guatemala, 4. August. In letzter Zeit wurden verschiedene Anklagen gegen ehemalige Militärs erhoben.

Eine betrifft den Ex- Staatschef von 1983- 85, Humberto Mejía Victores, sowie andere Militärs seiner Regierungszeit. Ihnen wird die Verantwortung am Verschwinden von Rudy Alfredo Padilla Villeda und Adolfo Joel Hermosilla Noriega angelastet. Padilla Villega wurde im März 1984 nach 2 Wochen Haft, während denen er mehrmals "Besuch" von Mejía Victores bekam, freigelassen. Über den Verbleib von Hermosilla Noriega ist bis heute nichts bekannt. In der

selben Woche musste Mejía Victores vor der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Verschwinden zweier Studenten aussagen. Aus der Regierungszeit Mejía Victors stammen auch die vor kurzem veröffentlichten Militär- Dossiers mit den Namen von 184 verschwundenen Personen.

Eine andere Anklage wurde gegen Funktionäre des Lucas- Regimes (1978- 82) erhoben, u.a. gegen German Chupina Barahona und Pedro García Arredondo (siehe letztes *fijate*). Angeklagt werden sie von Adriana Margerita Portillo wegen intellektueller Urheberchaft der

Entführung von 3 erwachsenen Personen und 2 Kindern im September 1981, alles Familienangehörige von Portillo. Mitglieder dieser Familie waren in der Ex- Guerillaorganisation ORPA aktiv und flüchteten vor den Drohungen des Militärs ins Ausland. Die Angeklagten leugnen jegliche Mitwisser- bzw. Mittäterschaft.

Die Familienangehörigen von Verschwundenen (FAMDEGUA) verlangt die Verhängung eines Arrestes über die Angeklagten Militärs, sowie über den ehemaligen Staatsführer und heutigen FRG- Politiker Efraín Ríos Montt.

Von Polizisten und Polizistinnen

Guatemala, 4. August. Rund 2000 Polizisten schlossen ihre Ausbildung ab, wurden am 28. August vereidigt und werden ihren Einsatz beginnen.

Laut Angel Conte, Direktor der Nationalpolizei werden die neuen Polizisten in den vier Departamenten stationiert, die bisher keine eigenen Sicherheitskräfte hatten. (Sololá, Totonicapán, Jalapa und Baja Verapaz).

Obwohl die in den Friedensabkommen festgelegte Zahl von insgesamt 18'000 "Elementen" bis ins Jahr 2000 nicht erreicht werden könne, sei wenigstens eine Landesweite Präsenz von Polizeikräften gewährleistet, meinte der Innenminister Rudolfo Mendoza.

Zwölf Stunden vor der Vereidigung als Polizistinnen wurden vier Frauen entlassen. Laut ihren Aussagen wurden

sie entlassen mit der Begründung, sie seien schwanger, was sie als falsch bezeichneten. Um dies zu beweisen, legten sie einen Schwangerschaftstest vor.

Mit diesen handfesten Beweisen konfrontiert, meinten die Verantwortlichen der Polizeiakademie, die vier Frauen hätten ein paar Stunden vor der Vereidigung einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen.

Notizen aus dem Wahlkampf

Die grüne Partei (seit dem 27. Juli durch die neu gebildete Sozialdemokratische Partei Guatemalas verstärkt) bildet während der nächsten Wochen ein Schattenkabinetts. Laut José Asturias Rudeke, dem Präsidentschaftskandidaten der grünen Partei, ist dies, im Gegensatz zu Europa, wo es die Paxis, ein Schattenkabinetts zu bilden, seit Jahren gibt (z.B. Irland), der erste solche Versuch in Guatemala. Die Idee ist, eine Parallelregierung mit den entsprechenden Ministerien und Kommissionen aufzustellen. Die Aufgabe der Schattenregierung ist es, die Vor- und Nachteile der Entscheidungen der effektiven Regierung zu analysieren und konkrete Änderungsvorschläge zu machen. Die grüne Partei will mit dieser Aktion zu einer politischen Debatte beitragen. Gleichzeitig, erklärt Rudeke, müssten sie im Falle eines Wahlgewinns nicht wertvolle Zeit mit der Ernennung von MinisterInnen verlieren, sondern könnten eine fertig zusammengestellte Regierung präsentieren, die auch schon zusammengearbeitet hätte.

Knapp vierzehn Wochen vor den Wahlen hat die Firma Borge & Asociados SA im Auftrag der Zeitungen *Prensa Libre*, *El Periódico* und *Nuestro Diario* die dritte Meinungsumfrage zu den Wahlen veröffentlicht. Es zeichnen sich zwei Tendenzen ab, im Vergleich zur letzten Umfrage: Alfonso Portillo, der Kandidat der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) verzeichnet einen leichten Anstieg seiner Beliebtheit, von 21,4% im Mai zu 29,4% im Juli. Seine Beliebtheit hat vor allem im Departament Guatemala stark zugenommen. Interessant ist dabei, dass vor allem Männer, sowie Personen über 50 Jahren für Portillo sind. Oscar Berger, der Kandidat der Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) konnte seinen Stimmenverlust vom Juni wieder etwas gutmachen, erreicht mit

27,1% jedoch nicht die Beliebtheit vom Mai (28,9%). Berger steht einzig im Süden des Landes vor Portillo.

Der Kandidat der Allianz Neue Nation, ANN, Alvaro Colom, liegt weit hinter den andern beiden zurück. Mit 5,1% im Juli gegenüber 5,9% im Juni hat auch er an Stimmen verloren.

Laut Fernando Solís, vom Zentral-amerikanischen Institut für politische Forschung (INCEP), könne den Meinungsumfragen nicht vollständig vertraut werden. Trotzdem scheint es klar, dass die Präsidentschaft zwischen der FRG und der PAN ausgemacht wird. Dass es zu einer zweiten Wahlrunde kommen wird, habe auch mit der grossen Stimmenenthaltung zu tun, die Solís beunruhigend findet. Da es den Wahlkampagnen der verschiedenen Parteien an Inhalt und Griffigkeit fehle, glaubt er auch nicht, dass der effektive Anteil der Stimmhaltung sich gross von den Umfragen unterscheiden werde.

Trotz intensiver staatlicher und privater Initiativen, ist die Zahl der zur Wahl berechtigten Guatemalteken nicht gross gestiegen. Die erhoffte Anzahl 150'000 Neueinschreibungen ins Wahlregister war wenige Tage vor Ablauf der Einschreibefrist vom 7. August nicht erreicht. Von den rund 6 Millionen Wahlberechtigten Guatemalteken sind bloss 4,3 Millionen im Wahlregister eingetragen.

Das oberste Wahlgericht (TSE) hat versucht, der Bevölkerung bei den Einschreibungen entgegenzukommen. In 20 verschiedenen Einkaufszentren der Hauptstadt wurden Einschreibetische aufgestellt, welche bis zu 20 Stunden am Tag besetzt waren. Auf dem Land wurden insgesamt 375 Einschreibebüros in 48 Gemeinden eröffnet und 105 "Einschreibbrigaden" waren im Landesinneren unterwegs.

Die Volksorganisationen haben ihre Leute aufgerufen, sich einzuschreiben, und haben vor allem den Frauen geholfen, Ausweispapiere zu beantragen, was Grundbedingungen für einen Wahlregistereintrag ist.

Rund 50 Priester der evangelischen Allianz Guatemalas, haben sich in der Nähe von Mazatenango mit dem Präsidentschaftskandidaten der PAN, Oscar Berger getroffen, um ihm die Zusage der Stimmen ihrer Gläubigen zuzusichern. Berger seinerseits hat ihnen zugesichert, dass unter seiner Regierung die Kirchen weder Steuern bezahlen, noch eine juristische Form haben müssten.

Der Präsident der evangelischen Allianz gibt bekannt, dass die evangelischen Kirchen eine breite Kampagne gestartet haben, um die Gläubigen der rund 17'000 evangelischen Kirchen zur Stimmabgabe zu motivieren. Die Kampagnen laufe einerseits in den Predigten, sowie in den evangelischen Massenmedien. Dazu gehören zwei Fernsehsender, 37 Radiosender mit rund 500 evangelische Radioprogrammen.

Der Sekretär der protestantischen Kirchenkonferenz (CIEDEG), David Son Turnil, spricht sich gegen das Treffen der evangelischen Pastoren und Berger aus. Die politischen Führer können sich Pastoren, religiösen Autoritäten und Gläubigen annähern, um mit ihnen über die Probleme nationaler Bedeutung zu diskutieren, dürften jedoch den Glauben nicht für politische Zwecke missbrauchen. Son Turnil fordert, dass die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat beibehalten werde. Er ruft auch zur Beteiligung an den Wahlen auf, jedoch "auf eine verantwortungsvolle Art, ohne Manipulation, damit die Gläubigen ihre Stimme gemäss ihrer eigenen Entscheidung abgeben können."